

# Sozialpartnerschaft „massiv gestört“

Landeskirche und Gewerkschaft streiten über Betriebsrente für Kirchenmitarbeiter

**Hannover.** Ein geplanter Eigenbeitrag zur Betriebsrente sorgt für Ärger unter den rund 23.000 Beschäftigten der hannoverschen Landeskirche.

Die Kirchengewerkschaft Niedersachsen kritisierte, dass den Arbeitnehmern der größten evangelischen Landeskirche in Deutschland ein ihnen zustehendes Tarifplus von 2,3 Prozent vorenthalten werde – mindestens 75 Euro pro Monat. Die Kirche wolle die Erhöhung trotz gut gefüllter Kassen davon abhängig machen, dass sich die Beschäftigten künftig

an der Betriebsrente beteiligten, sagte der Vorsitzende Werner Massow jetzt in Hannover. Das Landeskirchenamt wies die Kritik zurück.

Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch sagte, dass trotz der gegenwärtig guten Haushaltslage ab 2019 eine negative Entwicklung aufgrund sinkender Kirchensteuern zu erwarten sei und so ab 2022 ein Defizit entstehen könne. „Wir müssen auch nachhaltig und langfristig eine betriebliche Altersversorgung gewährleisten.“ Das gelinge nur mit einer

Eigenbeteiligung. „Wir wollen auch in zehn Jahren noch ein verlässlicher Arbeitgeber sein.“

Dagegen sagte Massow, dass die benachbarten evangelischen Landeskirchen von Oldenburg und Braunschweig das Gehaltsplus anstandslos an die Beschäftigten auszahlten. Mit der Tarifierhöhung von 2,3 Prozent gebe die Kirche das Tarifiergebnis der Länder weiter, dies sei unstrittig. Hannover knüpfe das Gehaltsplus aber an Bedingungen. „Damit wird das ganze gute sozialpart-

nerschaftliche Klima in der Kirche massiv gestört“, sagte der Gewerkschafter. Die Frage der Betriebsrente könne in einer Schlichtung separat gelöst werden. „Aber man will Herrim-Haus-Politik machen“, sagte Massow.

Mainusch betonte, es sei üblich, die Fragen von höheren Gehältern und der Altersversorgung zusammen zu verhandeln. Auch beim Land Niedersachsen gebe es eine Eigenbeteiligung in der Betriebsrente auf dem wesentlich höheren Niveau von 1,41

Prozent. Die Oldenburger Kirche erhebe ebenfalls bereits einen Eigenbeitrag.

Bei der Frage der Betriebsrente geht es um die angestellten Mitarbeiter der Kirche, also Diakone, Kirchenmusiker, Sozialpädagogen, Erzieherinnen oder Verwaltungsangestellte. Mainusch verwies auch darauf, dass die Landeskirche seit 2002 bereits mehr als 120 Millionen Euro gezahlt habe, um Deckungslücken in der Betriebsrente zu schließen. Im vergangenen Jahr seien es 11,5 Millionen Euro gewesen. *epd*